



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

UNO-Migrationspakt

Gemeinsame Verantwortung für Menschenrechte wahrnehmen!

Heute hat der Nationalrat entschieden, dass der UNO-Migrationspakt dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt wird. Die Unia begrüsst, dass sich der Nationalrat nicht gegen eine Unterzeichnung ausgesprochen hat und fordert das Parlament nun auf, der Unterzeichnung des Paktes zuzustimmen.

Im Juli 2018 haben sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UNO) zum ersten Mal auf ein globales Übereinkommen geeinigt, das einen Kooperationsrahmen für die Regulierung von Migration schafft. Der Migrationspakt wurde gestern in Marrakesch angenommen.

Vorletzte Woche hatte der Ständerat entschieden, die Entscheidkompetenz betreffend Unterzeichnung des Migrationspaktes dem Parlament zu übertragen. Heute hat der Nationalrat diesen Entscheid gestützt.

Obwohl die Schweiz bei seinem Ausarbeiten eine führende Rolle hatte, wollen rechtsbürgerliche Kreise im In- und Ausland seine Unterzeichnung verhindern und benutzen ihn, um Ängste vor Migration zu schüren.

Nein zu Ausbeutung und Diskriminierung

Der Pakt basiert auf der Souveränität der Staaten und der gemeinsamen Verantwortung für die Umsetzung der Menschenrechte und gegen Diskriminierung. Ziel ist es, die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Migrant/innen zu gewährleisten. Die Staaten bleiben hinsichtlich ihrer nationalen Migrationspolitik souverän und regeln die Zuwanderung von Arbeitsmigrant/innen selbständig. Sie verpflichten sich allerdings dazu, Migrant/innen vor Ausbeutung und Diskriminierung zu schützen und den Zugang zu grundlegenden Leistungen wie Schulbildung oder rechtsstaatlichen Verfahren zu sichern.

Gleiche Rechte für alle Arbeitnehmenden

Die Ziele des UNO-Migrationspaktes entsprechen der Forderung der Unia, dass alle Arbeitnehmenden – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus – die gleichen Rechte haben müssen. Die Unia unterstützt, dass irreguläre und oftmals lebensgefährliche Migration reduziert werden kann, indem mehr Möglichkeiten zur regulären Aus- und Einwanderung geschaffen werden sollen. Bei den Empfehlungen des Paktes handelt es sich aber lediglich um einen minimalen globalen Konsens. Für die Unia ist klar, dass etwa die einklagbaren Rechte der Migrant/innen ausgebaut werden müssen.

Nein zu gefährlicher Stimmungsmache

Dass Rechtspopulist/innen im In- und Ausland beim Kampf gegen die Unterzeichnung des Paktes Stimmungsmache betreiben, ist gefährlich. Sie verbreiten Unwahrheiten und schüren Ängste gegenüber Migrant/innen. Dagegen wehrt sich die Unia. Als Organisation, welche die grösste Zahl von Migrant/innen in der Schweiz vertritt, fordert die Unia, der Unterzeichnung des Paktes zuzustimmen und damit einer nicht-diskriminierenden globalen Migrationspolitik zum Durchbruch zu verhelfen.

Weitere Informationen

Corinne Schärer, Unia-Zentralsekretärin
Marília Mendes, Unia-Fachsekretärin Migration
Leena Schmitter, Mediensprecherin Unia

Unia Schweiz, Medienmitteilung, 11.12.2018

Unia Schweiz > Migrationspakt. Menschenrechte. Unia Schweiz, 2018-12-11